

## Medienmitteilung

23. Dezember 2025

### Steuerabzug vom Lohn: Referendum eingereicht!

**Das Referendumskomitee «Nein zum direkten Abzug der Steuern vom Lohn!», bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Basler Wirtschaftsverbände sowie aller bürgerlichen Parteien, hat heute über 2'600 Unterschriften gegen den entsprechenden Beschluss des Grossen Rats eingereicht. Innert weniger als fünf Wochen sind somit bereits deutlich mehr als die nötigen 2'000 Unterschriften zusammengekommen. Das Komitee ist über diesen Erfolg hocherfreut. Nun wird die Stimmbevölkerung Gelegenheit erhalten, über die vom Parlament beschlossene Vorlage zu entscheiden. Mit einem Nein kann ein weiteres sinnloses Bürokratiemonster verhindert werden.**

Der vom baselstädtischen Parlament Ende Oktober verabschiedete Gegenvorschlag zur Initiative «Keine Steuerschulden dank Direktabzug» will Arbeitgeber dazu verpflichten, bei ihren in Basel-Stadt wohnhaften Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern monatlich einen Betrag für die kantonalen Einkommenssteuern direkt vom Lohn abzuziehen und der Steuerverwaltung zu überweisen.

Von den über 177'000 im Kanton Basel-Stadt steuerpflichtigen Personen hat weniger als 1 Prozent Steuerbetreibungen und ist gleichzeitig vom Lohnabzugsverfahren gemäss Gegenvorschlag betroffen. Der Aufwand für dieses zeitraubende und bürokratische Verfahren steht also in keinem Verhältnis zum möglichen Nutzen. Zu bedenken ist zudem, dass es zu einer Verlagerung von Steuerschulden zu Schulden z.B. für Miete, Krankenkasse, Strom, Internet, etc. kommen kann, oder es fehlt das Geld für den Wocheneinkauf. Zudem haben heute gegen 30 Prozent der Steuerpflichtigen gar kein steuerbares Einkommen. Dennoch würden ihnen monatlich die Steuern vom Lohn abgezogen – ausser sie entscheiden sich aktiv für ein «Opting-out», um nicht in finanzielle Probleme zu geraten.

Durch das Lohnabzugsverfahren werden die Arbeitgeber zum Vollzugsgehilfen der Steuerverwaltung gemacht, obwohl das Steuerinkasso nicht ihre Aufgabe ist.

Die Wirtschaftsverbände Arbeitgeberverband Region Basel, Gewerbeverband Basel-Stadt sowie Handelskammer beider Basel sind der Meinung, dass bei einem solch wegweisenden Systemwechsel die Stimmbevölkerung das letzte Wort haben muss. Sie sind deshalb hoch erfreut darüber, dass das Referendum gegen den Grossratsbeschluss mit über 2'600 Unterschriften innerhalb kurzer Zeit zustande gekommen ist. Das Komitee ist auch zuversichtlich, dass die guten Argumente gegen das Lohnabzugsverfahren eine Mehrheit der Bevölkerung überzeugen werden – und macht sich nun bereit für die Abstimmungskampagne.

Weitere Informationen:

Dominik Marbet, Direktor Arbeitgeberverband Region Basel, 061 205 96 01

Reto Baumgartner, Direktor Gewerbeverband Basel-Stadt, 061 227 50 10

Martin Dätwyler, Direktor Handelskammer beider Basel, 061 270 60 71

**Das Referendumskomitee:**

Lorenz Amiet (Grossrat, SVP), Reto Baumgartner (Direktor Gewerbeverband BS), Laetitia Block (Grossrätin, SVP), Martin Dätwyler (Direktor Handelskammer beider Basel), Daniel Hettich (Grossrat, LDP), Andrea Elisabeth Knellwolf (Grossrätin, die Mitte), Dominik Marbet (Direktor Arbeitgeberverband Region Basel), Niggi Daniel Rechsteiner (Grossrat, GLP), Luca Urgese (Grossrat, FDP), Annina von Falkenstein (Grossrätin, LDP)